



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

18. Sitzung (öffentlich)

22. März 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:33 Uhr bis 17:45 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Dringliche Frage gemäß § 59 LT NRW (beantragt von Lena Teschlade [SPD] [s. Anlage 1])	8
2 Arzttrufzentrale NRW (Telefonnummer 116 117) (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])	11
Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1012	
– mündlicher Bericht der Landesregierung	
– Wortbeiträge	

3 Respekt für unser Gesundheitspersonal sicherstellen! 17

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/970

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/3677

Ausschussprotokoll 18/123 (Anhörung am 18.01.2023)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/970 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und AfD ab.

Der Ausschuss stimmt dem Entschließungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/3677 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

4 Eine respektvolle Pflege in NRW – Pflegende Angehörige stärken! 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1685

Ausschussprotokoll 18/168 (Anhörung am 1. März 2023)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/1685 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

5 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken! **30**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/628

– wird nicht behandelt

6 Die Landesregierung muss den Schutz der Kritischen Infrastruktur sicherstellen **31**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1275

Ausschussprotokoll 18/163 (Anhörung am 09.02.2023)

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/1375 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

7 Mit einer Arbeits- und Fachkräfteoffensive im Bereich der beruflichen Bildung dem Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfalen begegnen **33**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1353

Ausschussprotokoll 18/148 (Anhörung am 01.02.2023)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/1353 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

8 „Sternenkinder“ verdienen mehr Aufmerksamkeit – Forschung und Unterstützung der Eltern bei Fehl- und Totgeburten verbessern! 37

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3286

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, zu dem Antrag eine Anhörung durchzuführen.

9 Kooperative Beschäftigung (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) 38

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1017

– Wortbeiträge

10 Fachkräftesicherung durch die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung – Verankerung in der Landesverfassung von Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]) 40

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1006

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, eine Anhörung zu dem Thema durchzuführen.

11 Stiftung Härtefallfonds für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 5]) 42

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1013

– Wortbeiträge

**12 Dritter Bericht zur Umsetzung der Landesinitiative „Durchstarten in
Ausbildung und Arbeit“ 44**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/997

– Wortbeiträge

**13 Entwurf eines Kooperationsvertrags mit dem GKV-Spitzenverband
über die Vergabe eines Auftrages nach § 65c Abs. 10 SGB V zur
wissenschaftlichen Evaluierung der Umsetzung der klinischen Krebs-
registrierung und dessen Abwicklung nebst Ergänzungsvereinbarung 46**

Vorlage 18/1059
Drucksache 18/3735

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1059 zur Kennt-
nis.

14 Verschiedenes 47

* * *

8 „Sternenkinder“ verdienen mehr Aufmerksamkeit – Forschung und Unterstützung der Eltern bei Fehl- und Totgeburten verbessern!

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3286

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend – sowie an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am 10. März 2023)

Susanne Schneider (FDP) stellt heraus, die Debatte im Plenum habe gezeigt, dass dieser Antrag eine Thematik anspreche, die allen Fraktionen mehr oder weniger am Herzen liege. Für die FDP-Landtagsfraktion wolle sie eine Anhörung beantragen.

Ihre Fraktion habe den Antrag gestellt und auch gewünscht, dass er im Frauenausschuss mitberaten werde, weil er die Thematik Frauen körperlich und psychisch massiv belastet. Die Frauen bekämen oft Depressionen, fühlten sich als Versagerinnen, weil sie kein Leben hätten schenken können. Deshalb sei dieser Antrag mit in den Frauenausschuss gegangen.

Dass der Frauenausschuss in seiner letzten Sitzung – obwohl die FDP beantragt habe, die Anhörung pflichtig zu gestalten, die SPD das genauso gesehen habe – diesen Anhörungswunsch einfach weggestimmt habe, habe sie noch nicht erlebt, seitdem sie diesem Hause angehöre. Das sei, gelinde gesagt, eine Unverschämtheit. Sie vermisse da das „christlich“ in der CDU. Das sei einfach niedergestimmt worden. Es sei doch gute Praxis, wenn sich die antragstellende Fraktion eine pflichtige Anhörung wünsche, dem stattzugeben. Wenn ihr irgendjemand sage, dass ein solches Thema den Frauenausschuss nicht betreffe, dann mache sie das wütend und traurig.

(Beifall von der SPD)

Vorsitzender Josef Neumann erkundigt sich, ob das der Wunsch nach einer normalen Anhörung in Präsenz sei. – **Susanne Schneider (FDP)** stimmt dem zu.

Der Ausschuss beschließt, zu dem Antrag eine Anhörung durchzuführen.

